



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Ein schlüssiges Gesamtkonzept in der bayerischen Asylpolitik voranbringen: Ein Bett für jeden Asylbewerber – Fluchtursachen angehen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die derzeitige Situation in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen nicht länger hinnehmbar und menschenunwürdig ist.
2. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, unverzüglich für ausreichend Kapazitäten in der Erstaufnahme in Bayern zu sorgen, damit für jeden in Bayern ankommenden Asylbewerber ein Bett zur Verfügung gestellt werden kann.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Bezirksregierungen, Landratsämter, Städte und Gemeinden personell, finanziell und organisatorisch in ihren Bemühungen, Unterkunftsmöglichkeiten zu schaffen, zu unterstützen.
4. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration zu berichten:
 - Welche Organisationen, Institutionen, Behörden und Einrichtungen an der am 13. Oktober angekündigten „Task-Force Asyl“ bzw. am „Krisenstab Asyl“ beteiligt sind.
 - Mit welchen Aufgaben diese betraut ist.
 - Mit welchen Kompetenzen diese ausgestattet wird.
 - Bis wann mit konkreten Maßnahmen zu rechnen ist.

5. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Europaebene dafür einzusetzen, dass unverzüglich eine gleichmäßige Verteilung der Asylbewerber in allen EU-Staaten erreicht werden kann, um dadurch mittel- und langfristig die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Deutschland und Bayern zu entschärfen.
6. Die Staatsregierung wird aufgefordert, entsprechende Mittel des Bundes durch einen geplanten Sonderfonds Flüchtlinge und Entwicklungspolitik einzufordern, um dadurch die Situation in den Fluchtherkunftsländern zu verbessern und damit zu erreichen, dass mittel- und langfristig Fluchtursachen bekämpft werden.

Begründung:

Bereits bei einem Runden Tisch Mitte August wurden Maßnahmen angekündigt, um die Situation in der Bayernkaserne zu entschärfen.

Der Ministerrat hatte am 9. September 2014 die Schaffung von zusätzlichen 2.000 Erstaufnahmeplätzen bis Ende Oktober beschlossen. Auch bei dem Asylgipfel am 16. September hatte die Staatsregierung versprochen für zeitnahe Lösungen zu sorgen. Trotz dieser Ankündigungen und der Warnungen der Verbände ist bisher kaum etwas passiert.

Allein in der Bayernkaserne inklusive deren sieben Dependancen leben derzeit ca. 4.000 Menschen. Die Menschen werden zum Teil sich selbst überlassen. Anfang Oktober mussten ca. 100 Personen aufgrund organisatorischer Probleme im Freien übernachten.

Die Zustände sind menschenunwürdig und unhaltbar. Die Situation wirkt planlos und die Verantwortlichen sind u.E. überfordert.

Selbst Mitglieder der Staatsregierung sprechen mittlerweile von „krisenartigen Ausmaßen“. Die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern ist Aufgabe des Freistaats. Die Staatsregierung muss daher endlich ihrer Verantwortung nachkommen und menschenwürdige Bedingungen in den Aufnahmeeinrichtungen in Bayern schaffen.

Darüber hinaus müssen die Anstrengungen auf Bundes- und Europaebene verstärkt werden, um Fluchtursachen dauerhaft vorzubeugen.